

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 7

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AMERIKAS ENGAGEMENT IM NAHEN OSTEN

Die Unterzeichnung des zweiten israelisch-ägyptischen Truppen-Entflechtungsabkommens im Sinai hat im Nahostkonflikt einen neuen Akzent gesetzt. Erstmals engagiert sich eine der Supermächte – die USA – auch formell im Mittleren Osten. Mit der Zusage, die Radarstationen des Frühwarnsystems im Gebiet der *Sinai-Pässe* durch 100 bis 200 amerikanische Ziviltechniker kontrollieren zu lassen, sowie durch die Gewährung einer umfangreichen Wirtschaftshilfe sowohl an Israel wie an Ägypten hat Staatssekretär Kissinger seine entscheidende Trumpfkarte ausgespielt. Ohne sie wäre es ihm kaum gelungen, zu einer Übereinstimmung zwischen den beiden Konfliktparteien zu gelangen. Amerikas Verpflichtung, künftig permanent als Mittler im Sinai aufzutreten, hat die starren Fronten gelockert und den eigentlichen Durchbruch gebracht.

Für Kissinger persönlich ist dies ohne Zweifel ein *Erfolg*, der monatelange, mit grossem Einsatz unternommene Bemühungen krönt. Aber auch Israel hat ein seit langem angestrebtes Ziel erreicht: die Vereinigten Staaten übernehmen gewissermassen die Rolle einer Garantiemacht für Israel; auch wenn nicht *expressis verbis* ein Sicherheitspakt zwischen Washington und Jerusalem zustande gekommen ist, so unterstreicht das neue Sinai-Abkommen doch eindeutig die Parallelität der Interessen der beiden Länder.

Es spricht für die Qualität der Verhandlungstaktik des US-Staatssekretärs, dass auch Ägypten von den neuen Ver-

einbarungen profitiert, indem es nun ebenfalls auf amerikanische Wirtschaftshilfe rechnen kann und damit der einseitigen Bindung an die Sowjetunion zu enttrinnen vermag, die ihm in den vergangenen Jahren so viel Kopfzerbrechen bereitet hat. Im Wechselspiel innerhalb des Kraftfeldes der Supermächte gewinnt Kairo durch das zweite Entflechtungsabkommen grössere Bewegungsfreiheit.

Auf den ersten Blick, so scheint es, ist der Hauptleidtragende der Kissingerischen Vermittlungsmission die UdSSR, welche im Nahen Osten zumindest prestigemässig einen schweren Verlust hinnehmen muss. Die scharfe Kritik der «Prawda» an den jüngsten israelisch-ägyptischen Vereinbarungen wie auch das demonstrative Fernbleiben sowjetischer Vertreter am Unterzeichnungszereemoniell in Genf deuten jedenfalls in diese Richtung. Andererseits ist es nur schwer vorstellbar, dass Washington in einer so wichtigen Sache in völligem Alleingang ohne Kontakt mit der andern Supermacht vorgegangen sei. Das würde kaum in das Bild der auf höchster Ebene geführten Politik der «Entspannung» passen. Ob tatsächlich ein stillschweigendes Einverständnis Moskaus zu Kissingers Engagement vorliegt oder ob die Sowjetunion ihr Gewicht in der einen oder andern Form im Nahen Osten verstärkt zur Geltung bringen will, um keine Ungleichgewichtigkeiten entstehen zu lassen, dürfte sich recht bald zeigen.

Eine Ungewissheit freilich bleibt vorläufig im Spiel – die Haltung des ameri-

kanischen Kongresses, der seine Zustimmung zu diesem neuen Engagement der USA zu geben hat. Sitzt das Vietnam-Trauma so tief, dass auf dem Capitol ein Veto gegen diese neue Verpflichtung Amerikas in einem Krisengebiet ausgesprochen wird? Ein solcher Entscheid könnte katastrophale Folgen haben. Die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik würde dadurch einer harten Belastung ausgesetzt und das Prestige der Vereinigten Staaten weiter

geschwächt; gleichzeitig würde ein Nein aus Washington auf beiden Seiten der Konfliktparteien im Nahen Osten die extremen Kräfte stärken und damit die Lage automatisch verschärfen. Der brodelnde Topf könnte dann leicht in unmittelbarer Zukunft erneut explodieren. Das Risiko eines fünften Nahostkrieges aber wäre wohl das letzte, was sich die amerikanische Politik im Augenblick wünschen kann.

Alfred Cattani

OFFENE FRAGEN

Folgt dem wahrhaft sommerlichen Sommer 1975 ein helvetischer Herbst des Missvergnügens? Die Frage drängt sich in mancher Hinsicht auf – in diesen ersten Septembertagen zum Beispiel im Blick auf die *Jurafrage*, diesem Pfahl im Fleisch nicht nur des Staates Bern, sondern der Eidgenossenschaft überhaupt. Dass man im Grenzbereich von Nord- und Südjura nur zu rasch mit Pflastersteinen und noch schlimmeren Mitteln des Strassenterrors zur Hand ist, wenn die Emotionen höhere Wellen schlagen, stellt einen Sachverhalt dar, an den sich die Öffentlichkeit bereits gewöhnt hat. Darum löste auch die Nachricht von den *Strassenschlachten in Moutier* am ersten Septembersonntag kaum noch besondere Überraschung aus, obwohl es sich um eine extreme Eskalation des Hasses handelte.

Dass es sich aber Separatistenführer *Béguelin* danach leisten zu können glaubte, die Forderung des Bundesrats vom 10. September nach einem klaren Gewaltverzicht mit einer unverblühten Kampfansage an die bernischen Ordnungskräfte zu parieren und diese als «bruts sauvages» zu titulieren, stellt ein

Alarmzeichen dar, das zu grössten Befürchtungen Anlass geben muss. *Béguelin*'s Sprache war dabei die Sprache eines fanatisierten Mannes, der die Brücke hinter sich abgebrochen hat. Er machte deutlich, dass er und seinesgleichen auch dann noch keine Ruhe geben werden, wenn der Kanton Jura in der Gestalt, die sich nun deutlich abzeichnet, realisiert sein wird. – Es kann einen trotz der nachsommerlichen Wärme frösteln, wenn man an die nähere und weitere Zukunft dieses schwer geprüften Landesteils denkt.

Offen wie das Juraproblem ist in diesen Wochen auch die Frage nach dem weiteren *Fortgang der Konjunktur*. Es fehlt nicht an immer neuen Meldungen über Kurzarbeit oder gar Entlassungen. Und immer wieder machen auch Gerüchte die Runde, wonach renommierte Firmen in ernste Schwierigkeiten geraten seien. Sorgsam, ja krampfhaft wird der internationale Konjunkturhorizont nach Anzeichen für eine Wetterbesserung abgesucht. Und eifrig werden Prognosen von Konjunktur- und Wirtschaftsführern kolportiert. Dabei treten *Widersprüche* zutage, die auf

den ersten Blick befremdlich anmuten müssen. Die Unterschiede in der Beurteilung, die weitherum verunsichernd wirken, haben vor allem zwei Gründe.

Zum einen spielen *weltpolitische*, das heisst eher wirtschaftsfremde Faktoren eine wesentliche Rolle – Faktoren, deren Bewertung der Phantasie und Spekulation weitesten Raum lassen: Wie wirken sich die Wahlen in Deutschland und den USA aus? Wie endet das inneramerikanische Seilziehen um den währungspolitischen Kurs? Können sich traditionelle Handelspartner wie Italien, Grossbritannien oder auch Portugal stabilisieren? Kommt es zu einer neuen Pokerunde mit den «Ölscheichs»? – Zum andern zeigt es sich immer wieder, dass die konjunkturpolitischen Auguren von völlig *unterschiedlichen Bewertungsebenen* ausgehen: Wer 1973 oder 1974 als Massstab nimmt, der kommt notgedrungen zu pessimistischeren Schlüssen als derjenige, welcher 1970 zum Richtmass nimmt. Hört man genauer hin, so wird eines deutlich: Einig sind sich praktisch alle Prognostiker darin, dass die Zeiten der «Höchstkonjunktur» unwiderruflich vorbei sind. Doch darf erwartet werden, dass sich die Verhältnisse auf einen «redimensionierten» Stand wieder einpendeln und stabilisieren werden. Offen

bleibt dabei die Frage des Zeitpunkts, an dem die «Talsohle» erreicht und überwunden ist.

Offen ist aber anscheinend auch die Frage, wie weit der *Staat* in seiner «*Rezessionspolitik*» gehen solle. Die Postulanten verschiedenster Färbung überschlagen sich in dieser Hinsicht geradezu vor Einfallsreichtum und laufen Gefahr, sämtliche Grundsätze gesunden Haushaltens über Bord zu werfen. Sicherlich soll die öffentliche Hand ihre Möglichkeiten ausschöpfen, konjunkturelle Impulse zu geben. Aber ebenso sicher darf nicht einfach ins Blaue hinein investiert werden. *Infrastruktur auf Vorrat* – das können wir uns unter keinen Umständen leisten. Und übermässige öffentliche Schulden bringen übermässige Lasten mit sich: Der Bund hat 1975 allein an Schuldzinsen etwa 600 Millionen, der Kanton Zürich immerhin 130 Millionen aufzubringen. Steuererhöhungen aber wären ungefähr das Letzte, was man einer Wirtschaft mit Rezessionssymptomen zumuten dürfte. Es braucht also gegenwärtig nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Staatsführung gute Nerven, um falsche Reaktionen und allzu dramatische Gebärden zu vermeiden.

Richard Reich

UNSICHERE GRUNDLAGEN DER KONJUNKTURPOLITIK

Befindet sich die Schweiz in der konjunkturellen Talsohle? Hat sie das Wellental gar schon durchschritten oder ist mit einer Fortsetzung des Einbruchs zu rechnen? Die Prognostiker haben «Hochkonjunktur». Kein Tag, an dem nicht eine neue Prognose publiziert würde. Qualitativ besser, verlässlicher, sind sie deshalb nicht geworden, denn

nicht die Prognosemenge ist ausschlaggebend, sondern die *Informationen*, die in die Prognosen eingehen. Und diese sind in unserem Lande nach wie vor dürftig genug. Niemand weiss aus diesem Grunde mit einiger Gewissheit, wo die schweizerische Wirtschaft momentan steht. Und niemand vermag mit einiger Gewissheit anzugeben, *wie* die

unmittelbare Zukunft aussehen wird. Nur mehr oder weniger begründete Vermutungen beherrschen das Stimmungsbild. Es ist deshalb auch kaum verwunderlich, dass die *Unsicherheit* dominiert. Unsicherheit ist aber eine schlechte Entscheidungsgrundlage – besonders für unternehmerische Investitionsentscheide.

Unsicherheit herrscht offensichtlich auch in der schweizerischen Konjunkturpolitik. Es bestand schon in der Phase der Expansion kein konjunkturpolitisches Konzept. Und es hat sich nun gezeigt, dass es auch unter den Bedingungen der Rezession sehr schwer ist, zu gesamtwirtschaftlich einigermaßen tragfähigen Leitlinien zu kommen. Zwar gibt es in unserem Lande verschiedene öffentliche, «halböffentliche» und private Institutionen, die sich einer solchen Aufgabe annehmen, die mindestens ausgereifte Entscheidungsgrundlagen oder Grundlagenstudien erarbeiten könnten. Allerdings wäre dazu ein *koordiniertes Vorgehen* notwendig, denn die *einzelnen* wissenschaftlichen Institute in der Schweiz haben kaum ausreichende Kapazitäten. Es wäre – dies nur als Nebenbemerkung – an der Zeit, die schweizerische Institutspolitik in den Wirtschaftswissenschaften ganz generell im Sinne einer Zusammenfassung der Kräfte zu überdenken. Gegenwärtig sind die Institute, weil jedes sein eigenes Süpplein kocht, nicht in der Lage, wirklich substantielle wissenschaftliche Beiträge zu liefern, die auch international Bestand haben. Die Konjunkturpolitik hätte einen Ansatz für eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Potenzen liefern können. So, wie sich aber die Dinge präsentieren, bleiben selbst die vorhandenen Kapazitäten weitgehend ungenutzt.

Das gleiche «partikulare» Bild bieten sodann die mannigfachen Kommissionen und Abteilungen der öffentlichen Verwaltungen, die sich mit der Konjunkturpolitik beziehungsweise mit einzelnen ihrer Aspekte zu befassen haben. Zumindest nach aussen dringt nicht der Eindruck eines kohärenten Vorgehens. Würde nicht die Notenbank mit einer alles überlagernden Geldmengenspolitik wenigstens den konjunkturpolitischen Grundton angeben, die schweizerische Konjunkturpolitik wäre einmal mehr durch eine Haltung gekennzeichnet, die aus der Defensive heraus «kämpft», die den Pragmatismus hochleben lässt, der das einigende Band einer konzeptionellen Grundlage fehlt.

Viele werden sich damit trösten, dass es bisher «auch so» gegangen ist. Viele werden auch – übrigens nicht einmal völlig zu Unrecht – darauf hinweisen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich keineswegs schlecht dasteht. Die Arbeitslosenquote hat vergleichsweise bescheidene Ausmasse und die Inflationsrate scheint trendmässig zu sinken. Das aber kann nur jenen wirklich Trost spenden, die sich daran gewöhnt haben, den eigenen Standort an noch schlechteren ausländischen Beispielen zu messen – so wie etwa die politische Linke, bisweilen auch das Bundeshaus, die Rechtfertigung von Steuererhöhungen mit dem Argument untermauert, andere Staaten hätten noch viel höhere Steuerlasten. Als ob es einem Ehrgeiz entsprechen könnte, fragwürdige Praktiken als Grundlage des eigenen Verhaltens zu akzeptieren. Ein soliderer Orientierungspunkt ist in jedem Falle das marktwirtschaftliche Ordnungssystem.

Willy Linder